

Antrag 69/1/2019**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme Neufassung 69.1/1/2019 (Kein Konsens)****Kommunale Wohnungswirtschaft stärken – Mietenwahnsinn stoppen!**

1 Wir erklären uns mit dem Anliegen des Volksentscheids
2 „Deutsche Wohnen & Co enteignen – Spekulation
3 bekämpfen“ solidarisch und streben eine deutliche Aus-
4 weitung des kommunalen Wohnungsbestands in Berlin
5 an. Wie das Beispiel der Stadt Wien zeigt, ist ein **starker**
6 **öffentlicher Wohnungssektor** wichtig für die Mietensta-
7 bilität und damit die Lebensqualität in der Stadt.

8
9 Um den kommunalen Wohnungsbestand zu vergrößern
10 ist eine **Doppelstrategie notwendig**:

- 11
12 1. Es müssen deutlich mehr bezahlbare Wohnungen
13 durch den Staat gebaut werden. Die dafür not-
14 wendigen Personalkapazitäten bei den landeseigenen
15 Wohnungsbaugesellschaften sind umgehend
16 zu schaffen.
17 2. Gleichzeitig sind geeignete Grundstücke und Woh-
18 nungsbestände, die sich jetzt in privater Hand befin-
19 den, zu (re-)kommunalisieren.

20
21 Angesichts der dramatischen Mietpreisentwicklung in
22 Berlin muss auch darüber nachgedacht werden, die Woh-
23 nungsbestände und Grundstücke großer profitmaximie-
24 render Wohnungsunternehmen zu enteignen bzw. zu **ver-**
25 **gesellschaften**. Sowohl die Enteignung als auch die Ver-
26 gesellschaftung ist im Grundgesetz ausdrücklich vorgese-
27 hen (Artikel 14 und 15 Grundgesetz) und spiegeln den Ge-
28 danken wieder, dass die private Eigentumsgarantie nicht
29 absolut ist, sondern zum Wohle der Allgemeinheit einge-
30 schränkt werden kann.

31
32 Enteignungen und Vergesellschaftungen setzen in einem
33 Rechtsstaat jedoch von Verfassungen wegen **Entschädigun-**
34 **gen** voraus. Wie hoch die Entschädigung dabei sein muss,
35 ist unter Fachleuten umstritten. Sofern private Wohnun-
36 gen zwangsweise in kommunale Hand überführt wer-
37 den sollen, ist daher **durch sorgfältige Prüfung auszu-**
38 **schließen**, dass die entstehenden Entschädigungskosten
39 das Land Berlin finanziell überfordern und am Hindernis
40 der im Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse
41 scheitern.

42
43 Andere Instrumente zur (Re-)Kommunalisierung von
44 Wohnraum stellen Vorkaufsrechte und Ankäufe auf frei-
45 williger Basis dar. Wir fordern die sozialdemokratischen
46 Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats von
47 Berlin auf, noch in dieser Legislaturperiode einen **Berliner**
48 **Bodenfonds** ins Leben zu rufen, aus dessen Mitteln solche
49 Ankäufe unbürokratisch, aber geordnet durchgeführt
50 werden können. Dafür ist ein **Ankaufverfahren** zu schaf-

51 fen, in dem anhand von klaren, sozial gerechten und am
52 Schutz der Mieter*innen ausgerichteten Kriterien stra-
53 tegisch entschieden wird, welche Wohnungsbestände
54 für einen Ankauf durch die öffentliche Hand in Frage
55 kommen.

56

57 **Begründung**

58 Wir unterstützen ausdrücklich die Initiative zur Einfüh-
59 rung einer **landesrechtlichen Mietpreisobergrenze** ("**Ber-
60 liner Mietendeckel**") sowie alle weiteren im Rahmen
61 der Initiative "Bauen, Kaufen, Deckeln" vorgeschlagenen
62 Maßnahmen.

63

64 Aufgrund der hohen inhaltlichen Bedeutung und der
65 enormen medialen Aufmerksamkeit des Volksentscheids
66 „Deutsche Wohnen & Co enteignen – Spekulation
67 bekämpfen“ halten wir es jedoch für erforderlich, dass
68 sich die SPD Berlin hinsichtlich dieses Volksentscheids po-
69 sitioniert. Zumal sich laut einer Umfrage des Tagesspie-
70 gels über 50% der Berlinerinnen und Berliner und über 75%
71 der SPD-Wählerinnen und Wähler für die Enteignung der
72 „Deutsche Wohnen“ aussprechen.

73

74 Aufgrund der dramatischen Mietsituation in Berlin halten
75 wir es zudem für unerlässlich, dass im Sinne **umfassenden**
76 **Rekommunalisierungsstrategie** alle Möglichkeiten zur Re-
77 kommunalisierung von Wohnraum in die politische De-
78 batte einbezogen werden.